

# Deutschland hat mich gecancelt, weil ich mich gegen den Völkermord in Gaza ausgesprochen habe. Dennoch blieb ich hartnäckig.

Hebh Jamal, newarab.com, 15.07.24

**Dem Versuch Deutschlands, pro-palästinensische Stimmen zu unterdrücken, sollte mit Beharrlichkeit und kreativem Widerstand begegnet werden, meint Hebh Jamal.**

Israel hat dreißig Mitglieder meiner Familie getötet. Die Urgroßmutter meiner Kinder, die älter war als der Staat Israel, starb in einem Flüchtlingslager in Khan Yunis aufgrund von Dehydrierung und sich verschlechternden Bedingungen in den Lagern.

Anfang Juni wurden mein Kollege Mahmud und ich von einer Professorin der deutschen Universität Heidelberg eingeladen, um vor ihren Studierenden über die Erzeugung von Konsens für den Völkermord in den deutschen Medien und die Unterdrückung der palästinensischen Perspektive zu sprechen. Nach einer organisierten Verleumdungskampagne von pro-israelischen Gruppen, die später von den deutschen Medien aufgegriffen wurde, sagte die Universität die Veranstaltung ab.

Über den 7. Oktober drehte ich ein Video, in dem ich versuchte, den Angriff auf Israel in einen Kontext zu stellen. Das Video löschte ich später wieder, weil ich befürchtete, dass es aus dem Zusammenhang gerissen werden könnte. Es war ein Versuch zu erklären, dass solche Gewalt nicht im luftleeren Raum stattfindet, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger brutaler israelischer Gewalt, Besatzung und Apartheid ist. Das Video, das vom Vizepräsidenten der *Jüdischen Studentenunion*, Noam Petri, entdeckt wurde, wurde auf X gepostet, um die Veranstaltung zu skandalisieren.

Unmittelbar danach begann eine Hetzkampagne, die von der rechtsextremen deutschen Presse sowie die den Zionismus unterstützende *Jüdische Allgemeine*, der notorisch fremdenfeindlichen *Bild-Zeitung* und sogar der Lokalzeitung *Mannheimer Morgen* angeführt wurde. Ich wurde als „ Hamas-Fanatikerin“, „ Terror-Sympathisantin“ und „Judenhasserin“ bezeichnet.

Sogar Politiker beteiligten sich an der Kampagne gegen mich. Der Stadtrat Chris Rihm von den Grünen sagte, ich und Mahmud seien „keine Leute, die eine Universität einlädt“, da wir nur „ausgebildete Rhetoriker sind, die große Menschenmengen hinter sich versammeln können.“

Der CDU-Politiker Manuel Hagel schrieb einen offenen Brief an die Universität: „Unterstützer des Terrorismus, die das Existenzrecht Israels ablehnen und zur Zerstörung eines ganzen Staates und zur Vertreibung oder Ermordung von Menschen aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit aufrufen, dürfen niemals Raum und Gelegenheit erhalten, Hass und Hetze zu verbreiten.“

Ich habe natürlich nichts von alledem gesagt. Dennoch habe ich persönlich beschlossen, mich nicht zu entschuldigen, meine Worte nicht klarzustellen und mich nicht in die Defensive zu begeben, weil ich mich weigere, der deutschen Presse und den zionistischen Lobbys eine falsche Legitimation oder moralische Autorität zu geben.

Die Veranstaltung, bei der ich an der Universität Heidelberg sprechen sollte, wurde abgesagt. Studierende der Universität organisierten jedoch eine Demonstration für mich und meinen Kollegen, um gegen die Entscheidung der Universität zu protestieren. Wir beschlossen, unsere Vorträge direkt vor dem Campus zu halten. Anstatt vor 20 Studierenden zu sprechen, sprach ich vor 250.

Israel hat dreißig Mitglieder meiner Familie getötet. Die Urgroßmutter meiner Kinder, die älter war als der Staat Israel, starb in einem Flüchtlingslager in Khan Yunis aufgrund von Dehydrierung und sich verschlechternden Bedingungen in den Lagern. Wie ich vor Monaten in *The New Arab* schrieb, sollten sich die Palästinenser „weigern, an einem bösartigen rassistischen Diskurs teilzunehmen, der unsere jeweiligen Gemeinschaften als verdächtig darstellt. Wir sind keine Spielfiguren für politische Ambitionen, die darauf abzielen, die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk auf die palästinensische Bevölkerung abzuwälzen.“

Stattdessen verurteile ich die Politik und die Medien dieses Landes, die die Ermordung von 186.000 Palästinensern – 8 % der Bevölkerung des Gazastreifens wie das britische Ärzteblatt *The Lancet* schätzt – bagatellisiert, verharmlost und gerechtfertigt haben.

Nicht die Palästinenser oder ich unterstützen den Terror, sondern dieser Staat und seine Institutionen unterstützen bedingungslos den Völkermord und den staatlich sanktionierten Terror gegen 2 Millionen Palästinenser, die in der belagerten Enklave Gaza gefangen sind.

Die Veranstaltung an der Universität sollte eine kleine und eher unbedeutende Diskussion unter Studierenden sein, doch sie führte zu einem Skandal, zu großer Aufmerksamkeit in den Medien und zu Reaktionen von politischen Persönlichkeiten. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass die Angst wächst, dass pro-palästinensische Sichtweisen in deutschen akademischen Räumen präsent sein könnten.

Kürzlich geriet die Präsidentin der deutschen Privatuniversität *Hertie School*, Prof. Dr. Cornelia Woll, in die Kritik, nachdem sie bei der Abschlussfeier ihrer Hochschule die Opfer in Gaza erwähnt hatte. „Unser größtes Privileg ist, dass wir uns auf die Bildung konzentrieren können und Sie überhaupt einen Abschluss machen können. Unsere Universität steht. Unsere Stadt ist sicher. Deutschland wird nicht angegriffen“, sagte Woll.

„Einige von Ihnen haben Zeichen der Solidarität mit der schrecklichen Notlage der Palästinenser, der Zerstörung des Gazastreifens und dem Tod von Zehntausenden von Zivilisten, darunter eine unerträg-

lich hohe Zahl von Kindern, mitgebracht. Ich möchte Sie dafür loben und Sie auffordern, aufzustehen, um diese Solidarität zum Ausdruck zu bringen“.

In den Medien wurde Woll vorgeworfen, parteiisch zu sein und die israelischen Opfer des 7. Oktober nicht anzuerkennen. Sie entschuldigte sich daraufhin auf X. Der Vorstand der *Hertie-Stiftung* bekräftigte daraufhin seine Haltung: „Nach dem Massaker vom 7. Oktober steht die *Hertie-Stiftung* eindeutig an der Seite Israels und fühlt mit den Opfern und ihren Familien, insbesondere mit den Geiseln, die noch immer von der Hamas festgehalten werden.“ Was ein Moment der Trauer über die systematische Zerstörung hätte sein sollen, wurde zu einer Bekräftigung der Unterstützung des israelischen Völkermordes.

Mit anderen Worten: An deutschen Universitäten gibt es keinen Raum, um Empathie zu zeigen oder gar eine Diskussion darüber zu führen, warum gerade dieser Staat Israel so vehement unterstützt. Aber in Deutschland kann es sogar noch weiter gehen: Die Äußerung, dass Studierende ein Recht auf Protest haben, kann ein Skandal sein.

Nachdem Studierende an der Freien Universität Berlin aus Solidarität mit den Menschen in Gaza ein Zeltlager errichtet hatten, wurde dieses auf Antrag der Universitätsleitung von der Berliner Polizei sofort angegriffen und geräumt. Daraufhin schrieben 1.400 Hochschullehrer einen offenen Brief, in dem sie die Meinungsfreiheit und die Möglichkeit ihrer Studierenden, frei von polizeilicher Verfolgung zu protestieren, verteidigten.

Die deutsche Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger zeigte sich empört. „Diese Äußerung von Lehrenden an Berliner Hochschulen ist schockierend“, sagte Watzinger. „Statt sich klar gegen Israel- und Judenhass zu positionieren, werden Hochschulbesetzer zu Opfern gemacht und Gewalt bagatellisiert.“

Durchgesickerten E-Mails zufolge ging Watzinger über die Kritik hinaus und ließ sogar untersuchen, ob das Ministerium Gründe hatte, den Unterzeichnern des offenen Briefes die Zuschüsse zu streichen und ob sie gegen das Strafrecht verstoßen hatten.

Der Staat mischt sich immer stärker selbst in die kleinsten Beispiele pro-palästinensischer Gesinnung ein. Professoren, Präsidenten und Studierenden wird der Luxus einer Diskussion oder Debatte verwehrt, und in der Tat kann es eine aussichtslose Sache sein, anzunehmen, dass der Staat eine Veränderung zulassen wird – selbst wenn es Sympathien gibt. Stattdessen ist es notwendig, diese Freiräume zurückzuerobern und durch Druck, Proteste oder Besetzungen zu fordern, dass die Komplizenschaft in Meinungsmache bei einem Völkermord beendet wird.

Die Studierendenorganisation *Students for Palestine* an der Universität Bonn sprachen mit mir über ihre jüngste Besetzung eines Hörsaals. Vor der Besetzung wollten sie Filmvorführungen veranstalten, doch wurden ihnen die Räume verweigert. Sie schrieben offene Briefe, die auf taube Ohren stießen, und beschlossen schließlich, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

„Da wir ohne einen gemeinsamen Raum stehen gelassen wurden, beschlossen wir, unseren Raum an der Universität zurückzuerobern, und obwohl das gesamte Gebäude geschlossen wurde, die Polizei auf uns gehetzt wurde und unsere Aktionen als „ekelhaft“ bezeichnet wurden, gelang es uns, unsere Studierenden zu unterrichten und wichtige Inhalte zu zeigen. Sollte die Universität nicht ein Ort für Studierende, ihre Interessen und Bestrebungen sein?

Es ist nicht möglich, in einem solchen Umfeld ein guter Journalist zu werden. Oder ein guter Arzt an einem Ort, der es einem verbietet, gegen Massaker in Krankenhäusern, die Zerstörung des Gesundheitswesens und die gezielte Tötung von medizinischem Personal zu protestieren. Wir werden also weiterkämpfen. Es geht um die Zukunft, das Leben und die Würde der Palästinenser, und das ist verbunden mit unserer Zukunft und unserer Befreiung.“

Obwohl derzeit die Straßen unsere Klassenzimmer und Universitäten sind und wir von dort Palästina in das Bewusstsein der normalen Menschen gebracht haben, müssen wir weiterhin Druck ausüben und unsere Institutionen, unser Bildungsumfeld, dazu zwingen, den von uns gewünschten Wandel zu reflektieren.

Die Veranstaltung, bei der ich an der Universität Heidelberg sprechen sollte, wurde abgesagt. Studierende der Universität organisierten jedoch eine Demonstration für mich und meinen Kollegen, um gegen die Entscheidung der Universität zu protestieren. Wir beschlossen, unsere Vorträge direkt vor dem Campus zu halten. Anstatt vor 20 Studierenden zu sprechen, sprach ich vor 250.

*Hebh Jamal ist eine palästinensisch-amerikanische Journalistin, die in Deutschland lebt.*

Quelle: <https://www.newarab.com/opinion/germany-cancelled-me-speaking-out-gaza-so-i-persisted>

Übersetzung: K. Birke, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de